



Barbara Woltmann

Berliner Wochenbericht

Juni I 2017

CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Neuregelungen der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Mit der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die wir letzte Woche im Bundestag verabschiedet haben, schließen wir eines der wichtigsten Reformvorhaben dieser Koalition ab. Das umfangreiche Gesetzgebungspaket, zu dem auch Grundgesetzänderungen gehören, sorgt für finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern von 2020 bis mindestens 2030. Ziel der Reform ist die gesamtstaatliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Damit tragen wir bei zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland. Die unterschiedliche Finanzkraft der Länder wird in Zukunft nicht mehr durch einen horizontalen Finanzausgleich untereinander abgedeckt, sondern über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Zusätzlich wird sich der Bund jährlich finanziell beteiligen. Im Jahr 2020 wird diese Beteiligung des Bundes rund 9,5 Milliarden Euro betragen. Im Gegenzug dazu wurden Kompetenzen des Bundes gestärkt, so haben wir im parlamentarischen Verfahren dem Bund einen größeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Länderprogramme zur Verwendung der Bundesmittel gesichert. Des Weiteren schaffen wir mit einer neuen Bundeskompetenz die Grundlage für ein Bürgerportal, mit dem die Dienstleistungen von Bund und Ländern digital leicht erreichbar sein werden.

Für große Sorge hatte eine befürchtete Privatisierung der Autobahnen gesorgt. Autobahnen sind für uns als starke Wirtschaftsnation wichtige Lebensadern. Um Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen künftig effizienter und schneller zu gestalten, übertragen wir diese Aufgaben von 16 Ländern auf den Bund. Dort schaffen wir eine Infrastrukturgesellschaft, die ab 2021 die genannten Aufgaben übernimmt. Dabei ist die Privatisierung der Autobahnen ausdrücklich ausgeschlossen worden. Außerdem sichern wir den über 10.000 Beschäftigten einen guten Übergang zum Bund zu und werden auf ihre Bedürfnisse bei diesen Veränderungen achten.

Weiter schaffen wir die Grundlage dafür, dass der Bund finanzschwachen Kommunen Finanzmittel für die Sanierung von Schulen zur Verfügung stellen kann. An der Kernzuständigkeit der Länder für das Bildungswesen ändert sich damit nichts, aber wir wollen in einem für die Zukunft unseres Landes wichtigen Bereich gezielte Hilfen ermöglichen, die Kindern zugutekommen. Als Land ohne Rohstoffe sind kluge Köpfe unsere Zukunft!

Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan

Aufgrund des grausamen Terroranschlags in der Nähe der deutschen Botschaft in Kabul in der vergangenen Woche stoppte der Bundesinnenminister Thomas de Maizière eine noch für denselben Abend geplante Rückführung von Afghanen. Außenminister Sigmar Gabriel entschied in Folge des Anschlags die Sicherheitslage in Afghanistan bis spätesten Juli neu zu bewerten. Bis zur Vorlage einer neuen Lagebeurteilung durch das Auswärtige Amt und bis zur vollständigen Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit der deutschen Botschaft kündigte Innenminister Thomas de Maizière an, nur noch die Förderung der Freiwilligen Rückkehr sowie die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern auf Basis einer Einzelfallprüfung durchzuführen. Dies gilt ebenfalls für diejenigen Ausreisepflichtigen, die hartnäckig ihre Mitwirkung an der Identitätsfeststellung verweigern.

Vorschau - Termine Juni 2017

Berlin

Sitzungswochen

19. - 23. Juni

26. - 30. Juni

11. - 16. Juni

Delegationsreise nach Israel
mit dem Innenausschuss
Israel

19. - 20. Juni,
Deutscher Kommunalkongress 2017 des Deutschen
Städte- und Gemeindegewerkschaftsbundes
Maritim Hotel, Berlin

27. Juni, 18.00 Uhr
Sommerfest des Parlamentskreises Mittelstand
Kronprinzenpalais, Berlin

Wahlkreise

7. - 8. Juni
Wahlkreisbereisung Wilhelmshaven mit dem
AK Küste
Wilhelmshaven

8. Juni 2016, 17.30 Uhr
Gespräch mit Hellmut Königshaus mit der DIG Oldenburg
Oldenburg

9. Juni, 10.00 Uhr
Besuch der JVA Oldenburg
Oldenburg

10. Juni, 11.00 Uhr
Freundeskreisfest Hospiz St. Peter
Oldenburg

Kontakt

Büro Berlin

Barbara Woltmann MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel: (030) 227-78766

barbara.woltmann.ma02@bundestag.de

Berliner Wochenbericht

Juni I 2017

CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss eines Gesetzes zur Bekämpfung von Kinderehen

Ehen zwischen Minderjährigen können das Wohl der Kinder bzw. Jugendlichen sowie deren Entwicklungschancen maßgeblich beeinträchtigen. Daher haben wir letzte Sitzungswoche ein Gesetz beraten und beschlossen, mit dem das Mündigkeitsalter für die Ehe im deutschen Recht ausnahmslos auf 18 Jahre festgelegt ist. Ehen, bei denen ein Ehepartner zum Zeitpunkt der Heirat unter 16 Jahre alt war, werden damit für nichtig erklärt. Auf Antrag können Ehen, bei deren Schließung einer der Ehepartner 16 oder 17 Jahre alt war, durch Gerichtsbeschluss zusätzlich annulliert werden. Kinder gehören in die Schule und nicht in eine Ehe!

Wir setzen damit unsere Werteordnung auch gegenüber im Ausland geschlossenen Ehen durch, wenn die Ehepartner etwa als Flüchtlinge nunmehr nach Deutschland kommen. In Folge muss das Jugendamt minderjährige unbegleitete Flüchtlinge unverzüglich in Obhut nehmen, auch wenn diese verheiratet sind. Das Jugendamt prüft dann, welche Schutzmaßnahmen erforderlich sind; insbesondere ob der Minderjährige von seinem Ehegatten zu trennen ist.

Planspiel „Jugend und Parlament“

Vom 27. bis 30. Mai 2017 fand im Bundestag die Veranstaltung „Jugend und Parlament“ statt. 313 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet, die von Mitgliedern des Bundestages nominiert wurden, durften in einem Planspiel das parlamentarische Verfahren in den tatsächlichen Räumlichkeiten nachstellen. Die Teilnehmer übernahmen für vier Tage die Rollen von Abgeordneten und simulierten vier Gesetzesinitiativen. Zusätzlich standen eine Diskussionsrunde mit (stellvertretenden) Fraktionsvorsitzenden und ein Abschlusswort des Bundestagspräsidenten Norbert Lammert auf dem Programm.

Für diese Veranstaltung habe ich Niklas Schellenberg nominiert. Der 20-Jährige Wirtschaftswissenschaften & Politik-Student der Oldenburger Universität und seit kurzem JU-Vorsitzender in Oldenburg hatte sich erhofft durch diese Veranstaltung den Arbeitsalltag der Abgeordneten näher kennenzulernen. Wie er mir in einem Gespräch in meinem Berliner Büro berichtet, hat sich diese Erwartung erfüllt. Dass er im Rahmen des Planspiels Mitglied in seinem Wunschausschuss – Verteidigung – wurde, freute ihn besonders. Mit seinen Kollegen im „Verteidigungsausschuss“ war er mit einem Gesetzesentwurf zur Ausweitung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an einer EU-geführten Militäroperation im fiktiven Staat Sahelien betraut. Zudem standen – ganz wie im Alltag der echten Abgeordneten – neben der Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen auch weitere Sitzungen der Landesgruppen und Fraktionen sowie eine Plenardebatten unter Leitung der Bundestagsvizepräsidentinnen und -präsidenten an. Ich freue mich, dass Niklas Schellenberg sichtlich Freude an dem Projekt hatte und erkennbar mit viel Engagement und Ernsthaftigkeit dabei war. Und auch darüber, dass Niklas sich eine Berufslaufbahn vorstellen kann, die mit Politik in Verbindung steht. Er ist bereits heute ein politisch aktiver junger Mensch und könnte sich die Zuarbeit in einem Abgeordnetenbüro in Berlin kann ich gut vorstellen. Ob er Abgeordneter werden möchte, stehe aber erstmal noch in den Sternen. In jedem Fall freue ich mich, dass Niklas Schellenberg das Planspiel Freude bereitet und ihn in seiner Begeisterung für Politik bestärkt hat.

